

## Editorial

Seit dem Amtsantritt von Michail Sergejewitsch Gorbatschow ist offensichtlich, daß die »sozialistischen Länder« in eine neue Reformperiode eingetreten sind, wenngleich diese Reformen zum Teil sehr viel weiter zurückreichen als bis zur Wahl des neuen sowjetischen Generalsekretärs. Zu welchen Resultaten diese neue Reformperiode führen wird, ist bislang schwer einzuschätzen, dennoch scheint es – um eines besseren Verständnisses der dort ablaufenden Prozesse willen – angebracht, wenigstens den Versuch zu unternehmen, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Doch soll zuvor an die erste Reformperiode in den 60er Jahren erinnert werden. Auch die damalige Entwicklung hatte in der bundesrepublikanischen und westeuropäischen Linken eine breite Debatte ausgelöst: Eine wenigstens kurze Vergegenwärtigung dieser Debatte kann helfen, eigene Lernprozesse bewußter zu machen und die Wiederholung alter Fehler zu vermeiden. Um den Preis grober Vereinfachung könnten die damaligen Beiträge zwei kontroversen Ansätzen zugeordnet werden: Der eine wählte das Regulationsmodell, der andere das Herrschaftssystem als Ausgangspunkt.

Ersterer Ansatz – wie auch die halboffizielle Reformdebatte in der Sowjetunion und in manchen osteuropäischen Staaten – konzentrierte sich auf das Verhältnis von »Plan« und »Markt«. Hierzulande geriet dieser Diskussionsstrang auf immer abstraktere Ebenen einer allgemeinen Ware-Geld-Debatte, die zum Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern (und des sozialen Gehalts dieser Kategorien bei Marx) nichts beizutragen vermochte. Auf der anderen Seite neigten die Theoretiker, die von den Herrschaftsverhältnissen ausgingen, dazu Abstraktionen (wie »Bürokratie« und »neue Bourgeoisie« oder »Arbeiterklasse« und »Massen«) einander gegenüber zu stellen – statt auf eine empirische Analyse der realen Verhältnisse sich einzulassen. Doch auch die Kombination beider Ansätze führte nicht immer zu erhellenden Ergebnissen: Unter dem Einfluß einer häufig recht verzerrten Wahrnehmung der chinesischen »Kulturrevolution« nahm sie die dort angeblich gelungene »Politisierung der Ökonomie« zum Maßstab, an dem gemessen die Verhältnisse in den Gesellschaften sowjetischen Typs als »Kapitalismus« bzw. »Staatskapitalismus« eingestuft wurden. Der Weg zu einem Verständnis der Konfliktlagen in diesen Ländern war damit versperrt.

Kurz nach der Niederwalzung des Prager Frühlings durch die Armeen der »Bruderparteien« im August 1968 haben Elmar Altvater und Christel Neuß, beide Gründungsmitglieder der PRO-KLA, in der »neuen kritik« (H. 51/52, Februar 1969) einen Aufsatz über »Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation« veröffentlicht. In diesem Text wurde versucht, die Intervention und den ihr vorangegangenen Emanzipationsprozeß in den breiteren Kontext der Reformprozesse in den 60er Jahren zu stellen. Ihre Kernthese war: Die Herrschaft der »Bürokratie« in den »Übergangsgesellschaften« ist Ergebnis sozioökonomischer Rückständigkeit.

Mit der Überwindung dieser Rückständigkeit wird sie »überflüssig« (das unterscheidet sie von der Bürokratie im Spätkapitalismus) und in ihrer zentralistischen Form zu einem Hemmnis für die Steigerung wirtschaftlicher Effizienz. Um die drohende »Stagnation« abzuwenden, nimmt sie einerseits Zuflucht zur Dezentralisierung bürokratischer Machtstrukturen über den Markt, andererseits versucht sie eine Aktivierung der »Massen« vermittels ökonomischer aber auch politischer Zugeständnisse. Die »Massen« jedoch strebten, wenn sie erst einmal in Bewegung geraten sind – wie der Prager Frühling gezeigt hat – danach, die vorgegebenen Grenzen bürokratischer Herrschaft zu überschreiten. Dagegen ist die »Bürokratie« erwiesenermaßen bereit, mit Gewalt vorzugehen. Eine Beseitigung der Funktionsschwächen des Planwirtschaftssystems aber ist, so Altwater/Neusüß, nur über eine Ausweitung der Partizipation der Werktätigen und eine Demokratisierung der Machtstrukturen zu erreichen. – Diese Analyse klingt – schon wegen der neuerlichen Reformperiode seit Anfang und besonders Mitte der 80er Jahre – erstaunlich aktuell. Aber war sie auch zutreffend? Gilt sie noch heute? Verglichen mit dem, was in den folgenden Jahren von den Zerfallsprodukten der Studentenbewegung über »Revisionismus«, »neue Bourgeoisie« etc. in die Welt gesetzt wurde, war sie präzise und konkret. Statt der abstrakten Gegenüberstellung von »Plan« und »Markt« wurde der »Markt« als Behelfsmittel der Planbürokratie begriffen. Ökonomie (Wachstum und Effizienz) und Politik (Legitimation) wurden als Vermittlungszusammenhang, nicht als mechanisches Determinationsverhältnis interpretiert, Wirtschafts- und Politikreform als widersprüchliche Einheit gesehen.

Trotz dieser Vorzüge hatte dieser Ansatz damals schon beachtenswerte Schwächen, die heute vielleicht noch deutlicher sichtbar sind: Altwater/Neusüß bezeichneten diese Systeme als »Gesellschaften der Übergangsperiode«. Trotz aller Vermittlungsversuche ist eine bipolare Sicht der inneren Struktur dieser Gesellschaften entlang der Achse Kapitalismus/Sozialismus angelegt. Relevante Gegensatzpaare sind aus dieser Perspektive Plan/Markt, Bürokratie/Massen. Darin war das von anderen in der Folgezeit entwickelte theoretische Hirngespinnst einer gegen die »kapitalistische Restauration« kämpfenden »Arbeiterklasse« als – wenn auch nicht zwingende – Möglichkeit bereits angelegt. Die Arbeiterklasse erscheint bei Altwater/Neusüß noch – durchaus realistisch – als an der Produktion weitgehend desinteressiert und durch die »Expropriation der Macht« entpolitisiert. Gewiß handelt es sich bei diesem Bewußtseinszustand um eine Folge der herrschenden Verhältnisse; dennoch ist es wenig überzeugend, wenn Demokratisierungsprozessen dann eine so heftige Wirkung zugeschrieben wird, daß sie nicht nur zu einer Aktivierung der »Massen« führen, sondern sogar zur Beseitigung eines grundlegenden Funktionsdefizits von Planwirtschaften: der Herrschaft von Partikularinteressen in den und über die Betriebe(n). Die Annahme, die Arbeiter würden, wenn sie nur könnten, ihren jeweiligen Managern im gesamtgesellschaftlichen Interesse auf die Finger klopfen, negiert den korporativen Konsens in den Unternehmen des »real existierenden Sozialismus«, den aufrechtzuerhalten im Interesse beider Seiten – der Arbeiter und des Managements – liegt. Dafür lieferte die »Arbeiterselbstverwaltung« in Jugoslawien auch damals schon ein beredtes Beispiel. Dieses Argument vorausgesetzt, bedarf es zur Abgleichung der verschiedenen Interessen und der Steigerung wirtschaftlicher Effizienz eines von außen wirkenden Regulators. Administrative Anweisungen und Interventionismus der Partei haben sich in dieser Funktion als wenig effizienzsteigernd erwiesen. Deshalb bemüht sich die Planbürokratie um die Integration von

Marktelementen in ihre gesellschaftspolitische Konzeption; die innerbürokratischen Widerstände dagegen haben sich allerdings in den 70er Jahren als weit zäher erwiesen, als das in den 60er Jahren vorauszusehen war. Aber auch eine emanzipativ ausgerichtete Konzeption, die man mit dem neuen Slogan der bulgarischen Partei als »Übergang von der Macht im Namen des Volkes zur Macht durch das Volk« zusammenfassen kann (wobei es eine andere Frage ist, ob die BKP diese Vorgaben auch einzulösen imstande ist), sollte nicht dem Problem der horizontalen Vermittlung gesellschaftlicher Partikularinteressen durch die Beschwörung der Vernunft der »Massen« ausweichen. Deshalb und um die Macht des Partei-Staates zurückzudrängen, setzen fast alle Oppositionellen in Osteuropa auf den Markt. Solange als das zentrale Problem dieser Gesellschaften die durch die verkrusteten bürokratischen Strukturen und die »Kommando-Methoden« der Anleitung bedingte niedrige einzelbetriebliche Effizienz bzw. – in der dort herrschenden Sprache ausgedrückt – die unzureichende Nutzung intensiver Wachstumsfaktoren betrachtet wird, ist dieser Ausweg auch plausibel. Allerdings verbieten es die Erfahrungen mit Marktregulation in der »Ersten« und der »Dritten Welt« zu unterstellen, mit ihr sei auch der Schlüssel zu einer ganzen Reihe anderer, nicht weniger schwerwiegender Probleme gefunden: Schutz der natürlichen Umwelt, Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit und kulturell reiche Entfaltung der Persönlichkeit, Bewahrung des Friedens, um nur die wichtigsten zu nennen. Man kann davon ausgehen, daß dies auch den Reformern bekannt ist, doch ihr Etappenziel ist die Zurückdrängung der Macht der zentralen und regionalen Wirtschaftsbürokratie und des mit ihnen verflochtenen Parteiapparates.

Betrachtet man die aktuelle Reformentwicklung in Osteuropa, so ist es einigermaßen überraschend, daß in dem hier mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung kritisierten Artikel von Altvater/Neusüß deren zwei Hauptakteure überhaupt nicht auftauchen: die Partei und die Intelligenz. Zieht man erstere in die Betrachtung ein, so wird es um einiges schwieriger anzunehmen, »die Bürokratie« mache sich im Maße sozioökonomischer Entwicklung selbst »überflüssig«. Unzweifelhaft ist die Partei herrschaft in eine Legitimationskrise geraten, doch kann die Partei – wie die aktuelle sowjetische Entwicklung zeigt – die Krisenüberwindung auch als Legitimationsstrategie gegen die Staatsbürokratie einsetzen. Daß sie sich dabei der Intelligenz für ein Projekt, das die grundsätzlichen Machtstrukturen bisher wenigstens keineswegs infrage stellt, bedienen kann, zeigt ein weiteres Mal, daß die Analyse der Reformprozesse einer differenzierteren und konkreteren Aufarbeitung der gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen und Beziehungen in den Partei-Staaten sowjetischen Typs bedarf.

Der entscheidende Punkt, dessentwegen es sinnvoll ist, an diese früheren Analysen zu erinnern und sich ihre Begrenztheit bewußt zu machen, ist, daß gerade die aktuelle Reformentwicklung zeigt, daß eine Herangehensweise mit Hilfe zwei sehr abstrakter Regulationsmodelle (»Plan«/»Markt«) und einer dichotomischen Sicht des Systems (»Bürokratie«/»Massen«) nicht bloß zu kurz greift. Würde sie – was allerdings schwerlich zu erwarten steht – als Handlungsanleitung genommen, so müßte sie notwendig ins politische Abseits führen. Als kategorialer Rahmen einer Analyse von außen führt sie zu Mißverständnissen, weil sie die innere Dynamik von Reform und Konservatismus nicht zu greifen vermag. D.h. gerade in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe sind die sozialen und politischen Kämpfe innerhalb des Partei-Staates selbst von vorrangiger Bedeutung. Die Frontlinien dort verlängern sich in die Gesellschaft hinein.

Gerade der konservativ-bürokratische Flügel bedient sich populistischer Argumente (das zeigt *Mária Huber* in diesem Heft am Beispiel Ungarn), verteidigt tradierte soziale Rechte einzelner Gruppen um den Preis gesamtgesellschaftlichen Mangels. Auf der anderen Seite versuchen die Reformer (etwa in der Sowjetunion) leistungsmotivierte Bevölkerungsteile gegen den bürokratischen Apparat zu mobilisieren. Aussagen darüber, welche Erfolgsaussichten diese Konzeptionen jeweils haben, wären nur auf der Basis genauer Untersuchungen des tatsächlichen Bewußtseins und der ihnen zugrunde liegenden, je konkreten Interessenlagen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen möglich. Daß dabei nicht nur ökonomische Faktoren, sondern ebenso soziale, kulturelle und ethnische Einflüsse wirksam sind, macht die Analyse noch schwieriger.

Bei den Beiträgen zu diesem Schwerpunktheft kann es sich deshalb nur um eine erste Annäherung an das Verständnis von Prozessen handeln, die uns gewiß noch geraume Zeit beschäftigen werden. *Hansgeorg Conert* stellt in seinem Bericht über die sowjetische »perestrojka« (Umbau) die Verbindung zwischen den aktuellen Reformen in der UdSSR und der Reformpolitik der 60er Jahre her und zeichnet die *differentia specifica* des Gorbatschowschen Ansatzes, die Überwindung eines auf die Ökonomie beschränkten Projekts, nach. Die Entwicklung in Ungarn, die inzwischen gern unter den Begriff »Marktsozialismus« subsumiert wird, ist Gegenstand des Artikels von *Mária Huber*. Sie schildert die Krise, in die die Tabuisierung politischer Machtstrukturen durch die Reformer Gesellschaft und Ökonomie geführt hat und widerlegt zugleich die weit verbreitete Annahme, es existiere bereits ein funktionsfähiges »ungarisches (Gegen-) Modell«. *Thomas Voß* analysiert die reformpolitische Sackgasse, in der sich Polen seit der Unterdrückung der Volksbewegung »Solidarnosc« befindet: Allgemeine Reformprojekte werden verkündet, doch durch Einzelmaßnahmen sofort wieder konterkariert, den gesellschaftlichen Druck, den das System zu seiner Reform brauchen würde, hat es selbst zerstört. In dem Artikel von *Walter Süß* wird die Reaktion der Führungen der »Bruderparteien« auf die explizit politische Wende des sowjetischen Reformprozesses zu Anfang des Jahres 1987 dargestellt und es wird versucht, hinter der breiten Palette tatsächlicher Reaktionen gemeinsame Bedingungsfaktoren unterschiedlich starker Ausprägung sichtbar zu machen. Etwas überraschend und noch weiterer Diskussion bedürftig ist die Beobachtung, daß es zwischen dem jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsstand und einer positiven Reaktion auf den sowjetischen Reformprozeß eine negative Korrelation gibt. Das ist nicht gerade ein Beleg für die modernisierungstheoretische These, die neuerliche Reformwelle im »sozialistischen Lager« sei dadurch bedingt, daß die Ökonomie an die Grenzen des politischen Systems stößt.

Mit der neuen sowjetischen Abrüstungspolitik befassen sich schließlich *Reimar Stuckenbrock* und *Michael Gumbert* in ihrem Artikel. Die aktuelle Frage, ob Gorbatschows Reformpolitik nach außen – mehr noch als nach innen – als schlichter Propagandatrick oder in der Tat als eine Abkehr von der militärisch-technischen Denkweise seiner Vorgänger zu verstehen ist, beantworten die beide Autoren mit der – sicherlich umstrittenen – These: Neue politische Prinzipien und Interessen dominieren heute die worst-case-Kalküle möglicher Kriegsszenarien. Denn: Die dringend nötige Reform des Wirtschaftssystems könne nur gelingen, wenn der zivilen Wirtschaft nicht ständig wichtige Ressourcen und Technologien vom Rüstungssektor entzogen

werden. Stuckenbrock und Gumbert sind der Überzeugung, daß der sowjetische Einsatz für eine Minimalabschreckung auf einen Neuanfang der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zielt – und sie überprüfen vor dem Hintergrund dieser Annahme die bisherigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

\* \* \*

Außerhalb des Schwerpunktthemas finden sich in PROKLA 69 – unter der Rubrik »Theorie-Diskussion« – einige Beiträge, die Schwerpunktthemen der letzten zwei Hefte fortsetzen: Im Nachtrag zur Nummer 68 über »Lokaler Staat und Kommunalpolitik« haben wir *David Harveys* Text über »flexible Akkumulation durch Urbanisierung« übersetzt. David Harvey, das ist in dem anschließend publizierten Überblicksartikel von *Roger Keil* nachzulesen, gehört mit Sicherheit zu den einflußreichsten Theoretikern der »neuen Stadttheorie«: Bedauerlicherweise liegen von ihm bislang allerdings nur wenige Übersetzungen in deutscher Sprache vor. Um so mehr freuen wir uns, in dieser PROKLA-Ausgabe seinen brandneuen Text über den »Postmodernismus in amerikanischen Städten« zur Diskussion stellen zu können – darin er sein Projekt einer materialistischen Stadttheorie ein Stück weit fortgeschrieben hat. Zusammen mit Roger Keils lehrreichem Einführungsartikel in Harveys Werk setzt dieser Text unsere Schwerpunktdebatte über neuere Tendenzen der Urbanisierung in, wie wir meinen, sehr gelungener Weise fort.

\* \* \*

Schließlich füllen wir in dieser Nummer aber auch noch eine Lücke, die in der vorletzten PROKLA über »Ökonomie und Ökologie« offengelassen wurde: In der klaren und kompromißlosen Sprache der analytischen Philosophie fragt und diskutiert *Ursula Wolf*, ob wir eine »ökologische Ethik« brauchen. Die Antworten, die ihre auch für philosophische Laien leicht verständliche Abhandlung nahelegt, mögen schockierend ernüchternd sein – zumindest für all diejenigen, die sich über die in PROKLA 67 aufgezeigten Widersprüche zwischen »ökonomischer und ökologischer Logik« durch einen emphatischen aber plakativ bleibenden Rekurs auf »moralische Lösungen« des Problems hinwegretten wollen. Beispielsweise dadurch, daß, wie in einem druckfrischen Beitrag von Karl August Zinn (»Politische Ökonomie«, Opladen 1987) nachzulesen, politische Ökonomie, die als Wissenschaft ökonomischer Praktiken bestimmt wird, mit einem »metaphysischen Fundament« unterlegt wird, das auf theologische Sätze rekurriert und nicht mehr dem Desiderat gehorcht, das Ursula Wolf für ethnische Prinzipien und moralisches Handeln aufstellt: Daß beides zwischenmenschlich verallgemeinerbar sein muß – was für die aus einem wie auch immer theologisch begründeten Ideal abgeleitete ökologische Ethik gerade nicht zutrifft. Aber auch das »Prinzip Verantwortung«, auf das sich – im Anschluß an den diesjährigen Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels Hans Jonas – rechte wie linke Theoretiker und Politiker so leicht verständigen und in dem das heute wohl verbreitetste Plädoyer für eine neue Ethik formuliert wird, ist – wie Ursula Wolf zu zeigen versucht – »keine ethische Konzeption..., deren Verallgemeinerung eine Lösung der ökologischen Probleme fördern würde.« Auch wenn nicht jeder Leser der PROKLA ihrer Argumentation folgen mag: Er wird in diesem Beitrag eine ganze Reihe von interessanten theoretischen Hürden finden – die

---

er überwinden müßte, wollte er einen ernstzunehmenden Beitrag zur »moralischen Erneuerung« entwickelter kapitalistischer Gesellschaften leisten.

Die Gestaltung und Betreuung des Schwerpunktthemas »Reformen in Osteuropa« lag in den Händen unseres Gastredakteurs *Walter Süß*. Ihm gilt unser herzlicher Dank.

*Die Redaktion*